

Digitales und Energie: Diskussionsforum in Brüssel

Zusammen mit den Europabüros des Deutschen Städte und Gemeindebunds (DStGB), dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Konrad Adenauer Stiftung (KAS) luden die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen am 27. September zu einer Diskussionsrunde. Thema waren die Chancen und Herausforderungen der kommunalen Strukturen bei der Digitalisierung Europas und der europäischen Energiepolitik.

Ausreichende Breitbandversorgung als Voraussetzung vieler kommunaler Dienstleistungen

Roland Schäfer, Präsident des DStGB, zeigte die Herausforderungen und Chancen einer Digitalisierung für die Kommunen auf. Er verdeutlichte insbesondere, dass eine flächendeckende Glasfaserversorgung unerlässlich ist. So sei v. a. eine Versorgung mit 50 Mbit zwar in 80 % der deutschen Großstädte gewährleistet, aber nur in 3 % der ländlichen Gebiete. Eine ausreichende Breitbandversorgung sei Voraussetzung für eine Vielzahl kommunaler Dienstleistungen. Auch sei sie wichtig, um den ländlichen Raum als Gewerbestandort zu erhalten sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, die ihrerseits Grundlage für Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen sind.

Durch Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierung können Bürger z. B. im Rahmen der Bauleitplanung oder bei der Ausgestaltung von Flächennutzungsplänen stärker einbezogen werden, so Schäfer. Erleichterungen sind auch beim Management von Großveranstaltungen, im Verkehrs- und Tourismusbereich sowie bei der medizinischen Versorgung denkbar. Im Energiebereich schaffe die Digitalisierung zudem neue Wirtschaftszweige und Geschäftschancen für Stadtwerke. Dabei sei der Schutz individueller Daten und der Netzinfrastruktur wichtig. Ebenso verdeutlichte Timm Fuchs, Beigeordneter des DStGB, dass mit der Digitalisierung die Daseinsvorsorgeleistungen für die Bürger verbessert werden könnten. Digitalisierung schaffe mehr Transparenz von Entscheidungen der Verwaltung und Politik. Allerdings sei ein digitales Haftungsrecht erforderlich, so Fuchs. So müsse z. B. geklärt werden, wer die Kosten für einen Feuerwehreinsatz trägt, der durch einen technischen Fehler ausgelöst wurde.

Energiewende nur mit Hilfe von Digitalisierung

Laut Mark van Stiphout, stellvertretender Abteilungsleiter aus der Generaldirektion Energie der EU-Kommission (GD ENER) und ehemaliges Mitglied des Kabinetts Oettinger, müssen erneuerbare Energien besser in den Energiemarkt integriert werden. Dies sei eine Voraussetzung, um das EU-Klimaziel zu erreichen, bis zum Jahr 2030 die Energieeffizienz um mindestens 27 % zu steigern. Der lokalen Ebene komme eine bedeutende Rolle zu, da hier dezentral und flexibel auf die Energienachfrage eingegangen werden kann. Ergänzend hierzu verdeutlichte Kilian Gross, Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (GD CONNECT), dass die Energiewende ein hoch komplexes Vorhaben sei, das ohne Digitalisierung nicht möglich ist. Große Datenmengen müssen verarbeitet werden. Dabei stelle sich unabhängig vom Datenschutz die Frage, wem die Daten gehören. Zu denken sei hier z. B. an ein „digitales Sachenrecht“. Er kündigte an, dass die EU-Kommission über entsprechende Musterverträge nachdenken wird. Auch van Stiphout sieht ein großes Interesse verschiedener Marktteilnehmer an Daten, die z. B. durch intelligente Zähler oder kontrollier- und steuerbare Heizungsanlagen erhoben werden. Eine große Herausforderung sei hier für die Netzbetreiber, Daten besser zu integrieren, um schnell und angemessen auf den Energiebedarf zu reagieren.

Auch Dr. Matthias Postina, IT Informationsmanagement der EWE AG, sieht in der Digitalisierung große Potenziale für die Energiewirtschaft. Durch die Schaffung von vernetzten Plattformen können Daten sichtbar gemacht werden. Ferner können Engpässe im Netz durch ein geeignetes Management ausgeglichen werden, z. B. lässt sich durch die Erfassung geeigneter Daten verhindern, dass die Einspeisung im Netz zu hoch wird.

Daten als Wirtschaftsgut

Einigkeit bestand zwischen den Diskussionsteilnehmer, dass Daten der Haushalte für Unternehmen ein sehr interessantes Wirtschaftsgut sind. Dabei plädierte die Europaabgeordnete Martina Werner (D, S&D)¹²

für eine schnelle Klärung der Frage der Eigentumsrechte. Ansetzen müsse man hier jedenfalls beim Verbraucher. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass örtliche Anbieter einen besseren Markteintritt haben und Daten überall verarbeitet werden können, so Abgeordnete Dr. Andreas Schwab (D, EVP). Postina meinte, dass diese Daten für alle zugänglich sein sollten. Hier ergänzte Gross, dass diese Daten ohne Problem geteilt und weitergereicht werden können. Ein Wert werde allerdings erst durch eine gewisse Datenmenge geschaffen. Problematisch sei, dass die meisten Daten mehrfach ermittelt werden könnten. Auch für Fuchs stellen öffentliche Daten einen großen Wert dar. Hierdurch können u. a. Investitionen im Interesse des Datenschutzes ermöglicht werden. Die Diskussion schloss Oberbürgermeisterin a. D. Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse.

Ausblick

Die EU-Kommission kündigte an, im Dezember 2016 weitere Vorschläge im Bereich der Digitalwirtschaft zu veröffentlichen. (NH)